



Nr. 10/2019, 25. Februar 2019

## Pressemitteilung zum Warnstreik

# GdP ruft Mitglieder zu ganztägigem Warnstreik auf

**Am Dienstag, den 26. Februar ruft die GdP, gemeinsam mit ver.di, GEW und IG BAU ihre Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu Warnstreiks auf. Damit setzt die GdP auf die nächste Eskalationsstufe in den diesjährigen Tarifverhandlungen.**

Die Landesvorsitzende Sabrina Kunz erklärt: „Wir werden mit einer großen Anzahl von Kolleginnen und Kollegen durch die Mainzer Innenstadt ziehen. Die Arbeitgeber haben durch ihre Hinhaltetaktik in den ersten beiden Verhandlungsrunden den Groll bei den Beschäftigten der Polizei verstärkt. Unsere Forderungen werden als überzogen abgeschmettert, das lassen wir uns so nicht gefallen.“

Auch die rheinland-pfälzischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten werden sich im Rahmen ihrer Freizeit an der Kundgebung beteiligen. „Es besteht zwar ein Streikverbot für Beamtinnen und Beamte, sie dürfen sich jedoch in ihrer Freizeit an der Kundgebung beteiligen“ so betont Kunz. „Das werden sie auch tun, denn schließlich soll das Tarifergebnis auf die beamteten Kolleginnen und Kollegen übernommen werden“ so Kunz weiter. Eine große Beteiligung ist für das Ergebnis von entscheidender Bedeutung. So achtet die Arbeitgeberseite sehr genau auf die Zahl der Streikenden und lässt dies auch in die Verhandlungen einfließen. Wer also einen guten Tarifabschluss beeinflussen will, der sollte sich am 26. Februar im Streiklokal der GdP, im Neustadtzentrum in Mainz, einfinden. Der anschließende Demonstrationzug bewegt sich durch die Mainzer Innenstadt und endet, gemeinsam mit den anderen öD Gewerkschaften, mit der gemeinsamen Kundgebung auf dem Ernst-Ludwig-Platz.

Die Attraktivität im öffentlichen Dienst schwindet langsam dahin. Im Bereich der Länder verdienen die Beschäftigten schlechter als bei Bund oder Kommunen. So entsteht gerade in Rheinland-Pfalz eine Konkurrenzsituation, die so nicht weiter zu akzeptieren ist. Im Bereich der Tarifbeschäftigten zeichnet sich eine ernsthafte Abwanderung ab. „Durch die feste Einrichtung des Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum in Diez und das angrenzende BKA in Wiesbaden ist die Konkurrenz des Bundes in Rheinland-Pfalz angekommen.“ stellt Kunz fest.

Die Gewerkschaft der Polizei vertritt den Großteil der Beschäftigten in der rheinland-pfälzischen Polizei und fordert in diesem Jahr #hermitmehr2019.